



PREIS SOZIALE
MARKTWIRTSCHAFT
2008

PETER WICHTEL:
FÜR EINE MITBESTIMMUNG
MIT AUGENMASS!

Bernhard Vogel (Hrsg.)

I
M

P
L
E
N
U
M

Mit Beiträgen von
**Bernhard Vogel | Petra Roth | Peter Hintze
Karl-Josef Laumann | Peter Wichtel**

ISBN 978-3-940955-95-1

www.kas.de

INHALT

- 5 | VORWORT

- 7 | DER PREIS SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT
DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG

- 9 | DER PREISTRÄGER 2008: PETER WICHTEL

- 11 | DER WETTBEWERBSGEDANKE DER SOZIALEN
MARKTWIRTSCHAFT
FREIHEIT UND SOLIDARITÄT
Bernhard Vogel

- 15 | DIE SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT
UND DIE STADT FRANKFURT AM MAIN
GRUSSWORT DER STADT FRANKFURT AM MAIN
Petra Roth

- 21 | DIE SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT
GARANT FÜR WOHLSTAND UND SICHERHEIT
Peter Hintze

- 29 | LAUDATIO AUF PETER WICHTEL
Karl-Josef Laumann

- 35 | WORTE DES PREISTRÄGERS
Peter Wichtel

- 44 | DIE AUTOREN

*Das Werk ist in allen seinen Teilen urheberrechtlich geschützt.
Jede Verwertung ist ohne Zustimmung der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen,
Mikroverfilmungen und die Einspeicherung in und Verarbeitung durch
elektronische Systeme.*

© 2009, Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Sankt Augustin/Berlin

*Gestaltung: SWITSCH Kommunikationsdesign, Köln.
Druck: Druckerei Franz Paffenholz GmbH, Bornheim.
Printed in Germany.
Gedruckt mit finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland.*

ISBN 978-3-940955-95-1

VORWORT

Am 5. November 2008 wurde der siebte „Preis Soziale Marktwirtschaft der Konrad-Adenauer-Stiftung“ dem Betriebsratsvorsitzenden der Fraport AG, Peter Wichtel, feierlich überreicht.

Die Ehrung Peter Wichtels fügt der Liste unserer bisherigen Preisträger, Werner Otto (2002), Berthold Leibinger (2003), Helmut O. Maucher (2004), Hans Bruno Bauerfeind (2005), Sybill Storz (2006) und Arend Oetker im Jahr 2007 einen neuen Akzent hinzu: Erstmals wird ein Arbeitnehmervertreter ausgezeichnet, dessen Persönlichkeit und Wirken beispielhaft sind für eine gelungene Überwindung der Gegensätze von Arbeitnehmer- und Arbeitgeberinteressen. Peter Wichtel symbolisiert damit auch einen Kernbestandteil der Sozialen Marktwirtschaft, eine funktionierende Tarifpartnerschaft zum Wohle der Mitarbeiter und des Unternehmens.

Die Paulskirche zu Frankfurt am Main, Ort der Frankfurter Nationalversammlung von 1848/49, der ersten frei gewählten Volksversammlung Deutschlands, bildete für die Preisverleihung den schon bewährten und historisch angemessenen Rahmen.

Nach der Begrüßung durch den Vorsitzenden der Konrad-Adenauer-Stiftung, Professor Dr. Bernhard Vogel, stimmte Frau Oberbürgermeisterin Dr. h. c. Petra Roth den Preisträger und die Gäste mit einem Grußwort auf die Preisverleihung ein.

Der Festvortrag durch den Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, Peter Hintze MdB, beleuchtete die große Aktualität der Sozialen Marktwirtschaft als wirtschaftspolitischer Orientierung in Zeiten der Finanzmarktkrise.

Der nordrhein-westfälische Arbeitsminister Karl-Josef Laumann MdL unterstrich in seiner Laudatio auf Peter Wichtel die herausragende Persönlichkeit des Preisträgers und seine Fähigkeit, Arbeitnehmer- und Unternehmensinteressen immer wieder neu zum Ausgleich zubringen.

Zum Abschluss erläuterte der Preisträger eindrucksvoll, wie Sozialpartnerschaft und Mitbestimmung und ein Miteinander auf Augenhöhe gerade auch zum Erfolg eines international agierenden Unternehmens beitragen.

Die Reden der Preisverleihung werden hier in redaktionell leicht überarbeiteter Form wiedergegeben.

DER PREIS SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT

DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG

In der Sozialen Marktwirtschaft steht der Mensch im Mittelpunkt. Seine Rechte und Pflichten, seine Fähigkeiten, seine mutige Schaffenskraft und sein Verantwortungsbewusstsein sind in ihr gefordert und werden durch sie gefördert.

Soziale Marktwirtschaft ist keine ideologische Festlegung. Ihr offener Ansatz ermöglicht es, die Gewichte von Freiheit auf dem Markt und sozialem Ausgleich immer wieder neu auszubalancieren. Dadurch wird sie dem Wesen des Menschen gerecht und ermöglicht wirtschaftliche und soziale Erneuerung.

Aber erst und vor allem praktisches Handeln und persönliches Vorbild erfüllen sie mit Leben. Aus diesem Grund hat die Konrad-Adenauer-Stiftung im Jahr 2002 den „Preis Soziale Marktwirtschaft“ ins Leben gerufen. Mit dem nicht dotierten Preis werden herausragende Leistungen von Personen im Geiste der Sozialen Marktwirtschaft ausgezeichnet.

Die aktuellen Turbulenzen an den Finanzmärkten in Deutschland, Europa und der Welt geben Anlass, auf Orientierungssuche zu gehen und den Menschen in unserem Land ein Gefühl von Verstehen, Begreifen, Orientierung und Wertschätzung zu geben. Das Beispiel und die Leistung unserer

Preisträger sollen Mut machen, auch größte Herausforderungen entschlossen anzupacken und zu bestehen.

Ohne Vorbilder bleibt Soziale Marktwirtschaft tatsächlich graue Theorie. Unsere Gesellschaft braucht Frauen und Männer mit Kreativität, Tatkraft, Unternehmergeist und Verantwortung für das Gemeinwohl. Menschen, die zu ihren Überzeugungen stehen, ihre Ziele mit langem Atem verfolgen und die ihre außergewöhnlichen Fähigkeiten auch in den Dienst der Gemeinschaft stellen.

Die Preisträger werden von einer Jury vorgeschlagen und vom Vorstand der Konrad-Adenauer-Stiftung bestätigt.

DIE JURY „PREIS SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG“ BESTEHT AUS DEN MITGLIEDERN:

*Dr. Patrick Adenauer
Geschäftsführender Gesellschafter der Bauwens GmbH & Co. KG, Köln*

*Dr. Joachim Lemppenau
ehemals Vorsitzender der Vorstände Volksfürsorge,
Deutsche Lebensversicherung AG, Hamburg*

*Professor Dr. Rüdiger Pohl
Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg*

*Dr. Nikolaus Schweickart
Vorsitzender des Vorstandes der Altana AG, Bad Homburg*

*Dr. Jens Odewald (Vorsitzender der Jury)
Vorsitzender des Verwaltungsrates, Odewald & Compagnie GmbH, Berlin*

DER PREISTRÄGER 2008: PETER WICHTEL

In der Begründung der Jury heißt es:

„Peter Wichtel hat als Betriebsratsvorsitzender und als Mitglied des Aufsichtsrates der Fraport AG die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten mit den Erfordernissen und dem Wohl seines Unternehmens erfolgreich verbunden.

In einer Zeit schwieriger interner Arbeitsprozesse und großer externer Herausforderungen hat er im Unternehmen erfolgreich im Sinne einer sozialen Partnerschaft gewirkt. Zusätzlich hat er die betriebliche Gewinnbeteiligung der Arbeitnehmer im Rahmen marktwirtschaftlicher Leistungen entscheidend mitgeprägt.

Herr Wichtel hat verdeutlicht, dass gewerkschaftliches Engagement, christlich-demokratische Politik und Soziale Marktwirtschaft den Gegensatz von Arbeitnehmern und Kapitalinteressen aufheben können.

Mit der Auszeichnung für den unermüdlichen Einsatz für das Unternehmen und dessen Arbeitnehmer würdigt die Stiftung auch das gesellschaftspolitische Engagement von Herrn Wichtel im Rahmen kommunalpolitischer Aktivitäten.

AUS DEM LEBEN VON PETER WICHTEL:

Peter Wichtel wurde im Jahr 1949 in Büdingen (Oberhessen) geboren. Nach einer Ausbildung zum Einzelhandelskaufmann war er zunächst im Groß- und Einzelhandel tätig.

Im Jahr 1971 begann er seine berufliche Tätigkeit bei der Fraport AG im Personal-Sozial-Service. Seit dem Jahr 1975 ist er Mitglied des Betriebsrates, dessen Vorsitz er am 6. Mai 2002 übernommen hat. Seit dem Jahr 2004 ist er auch Aufsichtsratsmitglied der Fraport AG und Vorsitzender des Personalausschusses.

Peter Wichtel ist damit an entscheidender Stelle in der Fraport AG, der Betreiber-Gesellschaft des Flughafens Frankfurt, verantwortlich für die betriebliche Mitbestimmung von 12.000 Fraport-Mitarbeitern. Weltweit beschäftigt der Fraport-Konzern rund 23.000 Mitarbeiter, davon allein etwa 19.000 in Frankfurt am Main, und erzielt damit einen Umsatz von 2,3 Milliarden Euro (Stand 2007).

Peter Wichtel symbolisiert die aktive, zukunftsorientierte Seite der Mitbestimmung als einem Kernbestandteil der deutschen Sozialpartnerschaft: So hat er die Arbeitsbedingungen im Fraport-Konzern maßgeblich im Interesse der Belegschaft gestaltet, dabei stets das Wohl des Unternehmens und des Standorts Frankfurt im Auge behalten.

Peter Wichtel steht beispielhaft für eine dialogorientierte Kommunikation zwischen Unternehmensführung und Belegschaft, um schwierige Prozesse einzuleiten und voranzutreiben, wie den seit Dezember 2007 beschlossenen Ausbau des Flughafens Frankfurt.

Über den unermüdlichen Einsatz für die Belange der Fraport AG hinaus zeichnet die Konrad-Adenauer-Stiftung auch das gesellschaftliche Engagement von Peter Wichtel aus. Mit der kommunalpolitischen Arbeit als Stadtverordnetenvorsteher in der Gemeinde Obertshausen übernimmt Peter Wichtel auch an seinem Wohnort Verantwortung für das Gemeinwohl.

DER WETTBEWERBSGEDANKE DER SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT

FREIHEIT UND SOLIDARITÄT

Bernhard Vogel

Sehr geehrte Damen und Herren,

sechzig Jahre Soziale Marktwirtschaft! Im Jubiläumsjahr begrüße ich Sie alle herzlich zur Verleihung des „Preises Soziale Marktwirtschaft der Konrad-Adenauer-Stiftung 2008“ in der Finanzmetropole Frankfurt am Main. Die gegenwärtigen weltweiten Finanzprobleme geben Anlass, sich umso nachdrücklicher zur Sozialen Marktwirtschaft zu bekennen.

Unser heutiger Preisträger befindet sich in guter Gesellschaft: Professor Werner Otto 2002, Professor Berthold Leibinger 2003, Dr. h.c. Helmut Maucher 2004, Professor Hans Bruno Bauerfeind 2005, Frau Dr. Sybill Storz 2006, Dr. Arend Oetker 2007 – Firmengründer, Manager von Weltkonzernen, Familienunternehmer, Mittelständler.

Die ausgestreckte Hand, nicht die geballte Faust, ist das Symbol der Sozialen Marktwirtschaft, die den Klassenkampf überwindet und Partnerschaft will. 100 Jahre nach Veröffentlichung des *Kommunistischen Manifests* wird die Soziale Marktwirtschaft durch Ludwig Erhard von Frankfurt aus, zunächst nur für den Westen Deutschlands, ins Werk gesetzt.

Die Sozialpartner – ein Wort, das in der Zeit des Wiederaufbaus aufkommt – verpflichtet das Grundgesetz gleichermaßen, „zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen“ beizutragen (Art. 9. Abs. 3 GG). Der Weg eines verständigen Ausgleichs wird frei. 1952 verabschiedet der Bundestag das Betriebsverfassungsgesetz.

Rückblickend auf zehn Jahre Soziale Marktwirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland sagte Konrad Adenauer auf der 9. Bundestagung der Sozialausschüsse in Königswinter: „Ohne die Unterstützung eines großen Teils der Arbeitnehmerschaft [...] [hätten] wir die politischen und wirtschaftlichen Erfolge [...] nicht [erreicht].“ Und er fügte hinzu: „Wir können nicht [...] weiterkommen, wenn [...] [uns] nicht das Vertrauen breiter Schichten der deutschen Arbeitnehmerschaft erhalten bleibt.“

Beide Sätze kann man auch nach sechs Jahrzehnten Sozialer Marktwirtschaft ohne Wenn und Aber wiederholen. Aber, weil wir auch heute „weiterkommen“ wollen, ist es heute, gerade heute, angezeigt, einem herausragenden Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsvertreter den „Preis Soziale Marktwirtschaft“ zuzuerkennen. Einem Gewerkschaftsvertreter, der für aktive und konstruktive Mitbestimmung der Beschäftigten steht, aber dabei das Wohl des Unternehmens und des Unternehmensstandorts im Blick behält. Der sich für eine Sozialpartnerschaft einsetzt, die Gegensätze überwindet und den verständigen Ausgleich sucht.

Es wurde Zeit, aber es ist nicht zu spät. Unser heutiger Preisträger ist ein Arbeitnehmervertreter. Es ist der Betriebsratsvorsitzende der Fraport AG, Sprecher von 12.000 Arbeitnehmern allein am Frankfurter Flughafen, dessen Ausbau jetzt weitergehen kann. Eines der bedeutendsten Luftkreuze der Welt bleibt.

Es gibt in dieser Woche gute Nachrichten für Frankfurt und Hessen: Zum Beispiel, dass die Fraport Aktien am vergangenen Montag binnen Stunden um 13 Prozent gestiegen sind. Und die gute Nachricht des heutigen Mittwochs ist, dass Sie, verehrter Herr Wichtel, den „Preis Soziale Marktwirtschaft 2008 der Konrad-Adenauer-Stiftung“ erhalten.

Es war wohl ein wenig Verwunderung im Spiel, als Sie von Ihrer Auszeichnung erfahren haben. Unser Preis ist ein Unternehmerpreis und er ist ein Arbeitnehmerpreis. Es ist eine Auszeichnung für Persönlichkeiten, die sich in besonderem Maße um die Soziale Marktwirtschaft verdient gemacht haben.

Ich danke unserer Jury für ihren Vorschlag, den wir uns zueigen gemacht haben: den Herren Dr. Jens Odewald, Dr. Patrick Adenauer, Dr. Joachim Lemppenau, Professor Dr. Rüdiger Pohl und Professor Dr. Nikolaus Schweickart.

Wer wäre besser geeignet, den Preisträger zu loben, als ein ehemaliger Betriebsrat, ein Kolping- und KAB-Mitglied, heute CDA-Vorsitzender und Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales in Nordrhein-Westfalen. Das *Munzinger Archiv* bescheinigt ihm das „soziale Gewissen“ der CDU zu sein. Wir sind froh, dass er heute hier ist. Verehrter Herr Minister Laumann: Herzlich willkommen und herzlichen Dank, dass Sie die Laudatio auf Peter Wichtel halten!

Wir, die Konrad-Adenauer-Stiftung, suchen den Dialog zwischen Wirtschaft und Politik und zwischen Gewerkschaften und Politik. Am 8. Dezember findet der 2. Gewerkschaftskongress der Konrad-Adenauer-Stiftung in Berlin statt.

In Deutschland, in Europa und in der Welt gilt es, die gemeinsame Verantwortung der politischen und wirtschaftlichen Führungskräfte und der gesellschaftlichen Vereinigungen neu zu betonen. Es ist zu hoffen, dass die Finanzkrise ein Anlass ist, die für unsere Ordnung grundlegende Verständigung von Wirtschaft, Gewerkschaften und Politik wieder zu festigen.

Eine große deutsche Zeitung, das *Handelsblatt*, spricht von einer „Glaubenskrisen“ unserer Wirtschaftsordnung. In der Tat: Die Finanzkrise kann – wenn wir nicht aufpassen – zu einer Gefährdung unserer Wirtschaft, unserer freiheitlichen Gesellschaftsordnung werden. Aber eine Krise ist immer auch ein Wendepunkt. An uns liegt es, in Krisenzeiten statt Angst Mut und Selbstbewusstsein zu entwickeln und die Krise zu meistern.

Die Bundeskanzlerin, die Bundesregierung, hat Entschlossenheit bewiesen. Dafür ist ihr zu danken. Jetzt geht es darum, mit gleicher Entschlossenheit einem drohenden konjunkturellen Abschwung die Stirne zu bieten. Das Bundeskabinett hat heute Morgen einen Pakt zur Stützung der Konjunktur beschlossen. Frau Dr. Merkel und der Bundeswirtschaftsminister werden ihn zur Stunde in Berlin der Öffentlichkeit vorstellen. Das ist der Grund, warum ich kurzfristig informiert worden bin, dass wir schweren Herzens auf eben diesen Bundeswirtschaftsminister heute Nachmittag verzichten müssen.

Wir hatten ihn vor Monaten gebeten, die Festrede zu halten. Aber ich stehe gleichwohl nicht mit leeren Händen vor Ihnen. Ich begrüße besonders herzlich den Parlamentarischen Staatssekretär des Bundeswirtschaftsministeriums, Herrn Peter Hintze. Er vertritt natürlich seinen Minister, aber er spricht auch aus eigenem Recht. Er ist Koordinator der Bundesregierung für die Luft- und Raumfahrt, er ist Mitglied des Vorstandes der Konrad-Adenauer-Stiftung, er war Generalsekretär der CDU und ist heute Vize-Präsident der EVP.

Lieber Herr Hintze, wir sind Ihnen sehr dankbar, dass Sie hier sind. Die Konrad-Adenauer-Stiftung will helfen, Lehren aus den Ereignissen der letzten Wochen zu ziehen, national wie international. Sie will sich an der Diskussion der aktuellen Lösungsansätze beteiligen. Und sie will verstärkt auf die ordnungspolitischen Instrumentarien der Sozialen Marktwirtschaft hinweisen. Jeder muss seine Chance haben und sie nach Kräften nutzen. Aber der Staat muss die Rahmenordnung sichern. Ein starker Staat, ja! Aber kein allgegenwärtiger Staat!

Wilhelm Röpke hat darauf hingewiesen, dass unsere freiheitliche Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung nur dann im Gleichgewicht ist, wenn die Menschen, die sie tragen, für sich und andere Verantwortung übernehmen: „Selbstdisziplin, Gerechtigkeit, Ehrlichkeit, Fairness, Ritterlichkeit, Maßhalten, Gemeinsinn, Achtung vor der Menschenwürde des anderen, feste sittliche Normen“ – das seien alles Dinge, „die die Menschen bereits mitbringen müssen.“

Der Anspruch der Sozialen Marktwirtschaft an jeden einzelnen ist hoch. Nicht jeder erfüllt ihn. Einen, der das tut, wollen wir heute auszeichnen.

Verehrte Frau Oberbürgermeisterin Dr. Roth, wir sind dankbar, in Frankfurt und in der Paulskirche zu Gast sein zu dürfen. Herzlichen Dank auch dafür, dass Sie ein Grußwort an uns richten. Als Mitglied im Aufsichtsrat der Fraport AG sind Sie sogar noch mehr als sonst in besonderer Weise dazu berufen.

DIE SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT UND DIE STADT FRANKFURT AM MAIN

GRUSSWORT DER STADT FRANKFURT AM MAIN

Petra Roth

Sehr geehrte Damen und Herren,

es ist mir eine besondere Ehre und Freude, heute vor Ihnen in der Frankfurter Paulskirche zu sprechen und Ihnen, Herr Wichtel, meinen herzlichen Glückwunsch stellvertretend für die ganze Stadt Frankfurt übermitteln zu dürfen.

Die Paulskirche symbolisiert wie kein anderer Ort die Tradition einer demokratischen und freiheitlichen Verfassung für die deutsche Nation. Hier tagte vom 18. Mai 1848 bis zum 31. Mai 1849 die Frankfurter Nationalversammlung – das erste frei gewählte Parlament für ganz Deutschland.

Unter der damals noch existierenden Kuppel entstand die auf Prinzipien der parlamentarischen Demokratie beruhende „Paulskirchenverfassung“, die mit ihrem Grundrechtskatalog und anderen wesentlichen Teilen zum Vorbild für die Weimarer Reichsverfassung von 1919 und für das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland von 1949 wurde.

Als Symbol für Freiheit und Selbstbestimmung dient die Paulskirche nun – 100 Jahre später – seit ihrer Wieder-

eröffnung im Jahre 1948 als nationales Denkmal im Sinne und zum Nutzen einer mündigen Öffentlichkeit. Hier in Frankfurt fielen kurz vor der Währungsreform am 20. Juni 1948 die maßgeblichen Beschlüsse für den Ordnungsrahmen der Bundesrepublik Deutschland und damit für den Wiederaufbau und die erstaunliche wirtschaftliche Prosperität der Folgejahre.

Basierend auf dem Leitsätze-Gesetz des Frankfurter Wirtschaftsrats – das damalige Parlament des vereinigten Wirtschaftsgebietes – traf Ludwig Erhard die mutige und weitreichende Entscheidung, zusammen mit der Einführung der neuen Währung auch sofort den Großteil der Preise freizugeben und damit zugleich die bürokratische Administration der Güterverteilung weitgehend aufzuheben.

Frankfurt kann zu Recht als die Wiege unserer bis dato bewährten Sozialen Marktwirtschaft genannt werden. Ich kann mir daher keinen passenderen Rahmen für diesen besonderen Festakt heute – der Verleihung des „Preises Soziale Marktwirtschaft 2008 der Konrad-Adenauer-Stiftung“ – im Jahre 60 nach der Geburtstunde der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland vorstellen.

Die Währungsreform am 20. Juni 1948 und die unmittelbar anschließende weitgehende Freigabe der Preisbildung markieren zweifellos ein historisches Datum. Die Einführung der D-Mark im gleichen Jahr war ein großer, ungeahnter Erfolg, der die Unternehmen enorm beflügelte und zum „Wirtschaftswunder“ maßgeblich beigetragen hat.

Die D-Mark und der von Alfred Müller-Armack stammende Begriff „Soziale Marktwirtschaft“ wurden immer mehr zum Markenzeichen für den erfolgreichen deutschen Neubeginn. Mit dem Ordnungsprinzip der Sozialen Marktwirtschaft wurde unserer Wirtschaftsgeschichte eine völlig neue dynamische Richtung gegeben.

Gute Ordnungspolitik wird seitdem definiert als ein Ordnungsrahmen, der Freiheit, Effizienz und sozialen Ausgleich gleichermaßen gewährleisten kann; der Räume für die Leistungsfähigen öffnet, Chancen für die Leistungsbereiten schafft und auch denen eine Orientierung gibt, die nicht, noch nicht, oder nicht mehr für sich selber sorgen können.

In diesem Sinne ist eine der Haupt-Maximen der Kommunalpolitik der Stadt Frankfurt eine klar an der sozialen Marktwirtschaft orientierte Wirtschafts- und Finanzpolitik für den Standort Frankfurt. Dies schließt auch eine nachhaltige und zukunftsgerichtete Haushaltsplanung mit ein.

Unser Ziel ist ein lebenswertes und erfolgreiches Frankfurt durch zukunftsweisende Investitionen ohne Netto-Neuverschuldung, das heißt, ohne künftige Generationen damit zu belasten!

Denn Soziale Marktwirtschaft bedeutet Chancengerechtigkeit für alle – und daher auch für zukünftige Generationen:

Sozial ist demnach, was das System dauerhaft funktionsfähig hält und dadurch auf Dauer den Wettbewerb und den Wohlstand aller fördert.

Sozial ist, wer Leistung belohnt.

Sozial ist, wer fördert und fordert.

Sozial ist, was Innovationen beflügelt.

Die richtig verstandene Soziale Marktwirtschaft verdient das Prädikat „sozial“ vor allem also deshalb, weil sie eine nachhaltige leistungsfähige Wirtschaftsordnung ist und weil sie Chancen schafft.

Aufgabe der öffentlichen Hand ist es hier dafür zu sorgen, dass die Menschen – insbesondere über Bildungsangebote – gleiche Ausgangsbedingungen erhalten und grundsätzlich Chancengleichheit innerhalb der Gesellschaft gewahrt bleibt.

Vor diesem Hintergrund ist sozial vor allem das, was Beschäftigung schafft.

In dieser Hinsicht wirken in Frankfurt am Main die vielfältigsten Initiativen. Sei es die Initiative „Jobs for Best Ager“; sei es das langjährig erfolgreiche „Frankfurter Modell“ an den hiesigen Hauptschulen, um Schüler mittels eines generellen kontinuierlichen Praxistages für alle Schüler der Klassen 8 und 9 in Ausbildung zu bringen; sei es die „Werkstatt Frankfurt“, die arbeitssuchenden Menschen qualifizierte Beschäftigung und Ausbildung anbietet; unser Zentrum für Existenzgründungen „Kompass“ oder die „Frauenbetriebe“, die sich der Qualifikation für die berufliche weibliche Selbständigkeit verschrieben haben.

Manche Sätze sind zeitlos gültig, sie trotzen jedem Wandel. Jene Worte des Politikers und Gründungsvaters der Vereinigten Staaten von Amerika, Benjamin Franklin, gehören dazu: „Eine Investition in Wissen bringt immer noch die besten Zinsen.“

Denn Wissen macht mündig, selbstbestimmt und ist das Fundament jedes eigenverantwortlichen und erfolgreichen Handelns. Ich bin daher besonders stolz und glücklich, dass der im Mai 2008 vorgestellte „Politik-Check Schule“ im Auftrag der „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“ (INSM) Hessen in der bundesdeutschen Spitzengruppe für Länderreformen im Allgemeinbildenden Schulsystem sieht; demnach ist unser Bundesland einer der Motoren, der die Reform- und Innovationstätigkeit im Schulsystem mit am stärksten antreibt und sich durch eine hohe Innovationsbereitschaft auszeichnet.

Insbesondere im Qualitätsbereich „Lehren und Lernen“ hat Hessen mit einer Vielzahl geeigneter Maßnahmen wichtige Meilensteine für ein erfolgreiches Schulsystem gesetzt und erreicht hier die beste Note aller untersuchten Länder.

Hessen verfügt ferner nicht nur über gute Angebote für Hochbegabte, sondern punktet auch mit integrativen sonderpädagogischen Angeboten für behinderte Schüler.

Gute Bildung und Ausbildung bilden die Basis für das entscheidende Qualitätsmerkmal der deutschen Wirtschaft: nämlich das Wissen, die Erfahrung und die Leistungsbereitschaft der in ihr Beschäftigten.

Im internationalen Vergleich wird unter den Leistungsfaktoren der deutschen Wirtschaft immer wieder die qualifizierte, zuverlässige und motivierte Arbeitnehmerschaft sowie der besonders stabile soziale Frieden hervorgehoben.

Dies bestätigt die besondere Bedeutung der Ausbildung, aber auch unserer deutschen Tradition als Konsensgesellschaft, in der Gerechtigkeit, Denkfreiheit und gegenseitiges Vertrauen traditionell eine besonders große Bedeutung haben. In dieser Tradition ist die bewährte mitbestimmte Betriebsverfassung zu sehen, die eine Unternehmenskultur ermöglicht, die langfristige Innovation und Leistung erst möglich macht.

Ich freue mich nicht nur außerordentlich, dass der diesjährige „Preis Soziale Marktwirtschaft der Konrad-Adenauer-Stiftung“ an Peter Wichtel und somit an ein Aufsichtsratsmitglied der Fraport AG, einem der größten Arbeitgeber der Region, geht, sondern dass er in seiner Funktion als Betriebsratsvorsitzender auch diese aktive, konstruktive, einvernehmliche und damit zukunftsorientierte Unternehmenskultur symbolisiert. Er trägt persönlich und stets engagiert dazu bei, dass in Deutschland das Personalthema nicht nur unter Kostengesichtspunkten, sondern auch als Dreh- und Angelpunkt für Innovation und wirtschaftlichen Erfolg gesehen wird.

Menschen wie Herr Wichtel sind die Söhne und Töchter unserer Gründungsväter, die das Erfolgsmodell der Sozialen Marktwirtschaft nachhaltig weitertragen, dieses mit Leben füllen und das vermeintliche Pendel zwischen wirtschaftlicher Freiheit und sozialer Gerechtigkeit stets aufs Neue zukunftsgerichtet justieren.

Zollen wir ihm den gebührenden Applaus.

DIE SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT

GARANT FÜR WOHLSTAND UND SICHERHEIT

Peter Hintze

Die Soziale Marktwirtschaft ist seit sechs Jahrzehnten die Grundlage für Wohlstand und soziale Sicherheit in Deutschland. Sie ist eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, die die Würde des Menschen in den Mittelpunkt stellt und seine Schaffenskraft mobilisiert. Die Verbindung von Leistungsprinzip und Wettbewerbswirtschaft nach klaren Regeln – das ist die Erfolgsformel.

In guten Zeiten werden die Erfolge der Sozialen Marktwirtschaft als unauffällige Selbstverständlichkeit kaum wahrgenommen, in schwierigen Zeiten werden dagegen die Grundzusammenhänge der Sozialen Marktwirtschaft in Frage gestellt. Deshalb ist es gut, dass die Konrad-Adenauer-Stiftung diesen Preis vergibt. Und deshalb ist es gut, dass die Preisverleihung Gelegenheit gibt, sich mit den geistigen Grundlagen der Sozialen Marktwirtschaft und den Erwartungen der Menschen im Blick auf die Wirtschaftsordnung auseinanderzusetzen.

Die Anfrage an die Soziale Marktwirtschaft lautet heute: Ist diese Wirtschaftsordnung gerecht? Einigkeit und Recht und Freiheit – das sind die drei Leitmotive, auf die sich die deutsche Nationalhymne bezieht. Schon fünfzig Jahre, bevor August Heinrich Hoffmann von Fallersleben diesen

Text schrieb, forderten die Bürger Frankreichs Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit – im Zuge der Französischen Revolution. Interessant ist die Auswahl der Werte. Die Freiheit kommt in beiden Fällen vor, während von Gerechtigkeit weder im deutschen noch im französischen Dreiklang gesprochen wird, obwohl die Gerechtigkeit doch neben der Klugheit, der Tapferkeit und der Mäßigung, gemäß der griechischen Überlieferung, zu den vier Kardinaltugenden zählt. Aristoteles sprach ihr sogar den höchsten Rang zu, da sie die einzige sei, die ein auch anderen zukommendes Gut hervorbringe, weil sie sich auf das Verhältnis zum Mitmenschen beziehe.

In historischer Betrachtung fällt aber ein Unterschied zum heute vorherrschenden Verständnis ins Auge, der schon einen Teil der Erklärung dafür liefern mag, weshalb Gerechtigkeit in der Neuzeit nicht ausdrücklich neben der Freiheit im Wertekanon genannt wird. Heutzutage ist mit dem Verlangen nach Gerechtigkeit meist eine materielle Forderung an andere verbunden. In der aristotelischen Philosophie aber war nichts Materielles gemeint, sondern im Gegenteil eine moralische Forderung, die nicht an andere, sondern an sich selber gestellt werden sollte. Eine Haltung, die nur in einer Forderung an andere besteht, kann in der Tat schwerlich als Tugend qualifiziert werden.

Beliebt und bequem mag es sein, die Gleichheit des französischen oder gar das Recht aus dem deutschen Dreiklang scheinbar modern als soziale Gerechtigkeit zu interpretieren. Diese Interpretation halte ich aber für unzulässig. Der demokratische Rechtsstaat hat die Gleichheit vor dem Gesetz geschaffen. Diese Gleichbehandlung ohne Ansehen der Person wird durch die verbundenen Augen der Justitia versinnbildlicht. Will man Gleichheit oder Recht als soziale Gerechtigkeit ausüben, kann man das ganz im Gegenteil aber nur mit weit geöffneten Augen tun. Die Obrigkeit muss genau prüfen, wem es schlecht geht und dann von den Bessergestellten zu den vermeintlich Schlechtergestellten umverteilen. Soziale Gerechtigkeit ist in diesem Sinn genau das Gegenteil von Gleichheit, nämlich gewollte Ungleichbehandlung.

Ausgangspunkt für die Antwort auf die Frage, wie Gerechtigkeit und Freiheit in einer Marktwirtschaft miteinander in Einklang gebracht werden können, ist der freiheitliche Staat. Ein solcher Staat ist stets bezogen auf die einzelnen Menschen, nicht auf kollektive Ziele, wie etwa die Ausbreitung der wahren Religion, einer politischen Ideologie oder einer

absolut formulierten sozialen Gerechtigkeit. Mit einem freiheitlichen Staat verbinden wir hingegen Maßnahmen, die die Chancen des Einzelnen verbessern, und Maßnahmen, die dafür Sorge tragen, dass die soziale Existenz jedes Einzelnen gesichert ist.

Was ist nun der soziale Ordnungsrahmen eines freiheitlichen Staates? Es geht darum, eine Gratwanderung zu vollziehen zwischen einem der Gewähr größtmöglicher Freiheit verpflichteten Staat und einem Staat, der Recht und Gleichheit allem voranstellt. Wo die Freiheitsausübung des Einen die Freiheit des Anderen einzuschränken droht, tritt das Recht dazwischen. Dabei ist der marktwirtschaftliche Koordinierungsmechanismus eine große Hilfe. Gerechtigkeit und Effizienz sind miteinander vereinbar. Dies erkannte schon Adam Smith, der die Gleichheit vor dem Gesetz im Hinblick auf die arbeitsteilige Wirtschaft sogar als den Hauptpfeiler qualifizierte, der das gesamte Gebäude trägt. Denn ohne Rechtsstaat kann Marktwirtschaft auf Dauer nicht funktionieren, umgekehrt kann Gerechtigkeit ohne Marktwirtschaft kaum effizient durchgesetzt werden. Denn Gerechtigkeit erreicht man effizient nicht über Zwang, sondern am besten über marktwirtschaftliche Koordinationsmechanismen.

Eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik orientiert die Rahmenbedingungen an einer Ordnung der Freiheit. Eine dem Freiheitsgedanken verpflichtete Marktwirtschaft kann nur effizient funktionieren, wenn Eigeninitiative, Selbstentfaltung und Leistungswettbewerb mehr Raum gegeben wird. Das ist ein positiver, ein menschenfreundlicher Ansatz. Er traut dem Einzelnen im Hinblick auf Urteilskraft und Entscheidungsfähigkeit mehr zu. An die Stelle einer misstrauischen Bürokratie müssen Ermutigung und Freiheit zur Verantwortung treten. In den Worten Ludwig Erhards – ich zitiere ihn: „Das mir vorschwebende Ideal beruht auf der Stärke, dass der Einzelne sagen kann: Ich will mich aus eigener Kraft bewähren, ich will das Risiko des Lebens selbst tragen, will für mein Schicksal selbst verantwortlich sein. Sorge du, Staat, dafür, dass ich dazu in der Lage bin.“ Dazu gehören die Herstellung von Start- und Aufstiegschancen, die Gewähr des materiell Notwendigen, die Förderung der Aufstiegsmobilität.

Insofern darf der Staat in einer Marktwirtschaft Maßnahmen stützender oder fördernder Art ergreifen, die den Einzelnen oder Gruppen zur Freiheit befähigen und die sozialen Voraussetzungen der Freiheit sichern. Diese Eingriffe müssen aber da ihre Grenze finden, wo sie darauf zielen,

den Marktprozess als ganzen mit sozialpolitischer Zielsetzung in die staatliche Regie zu nehmen. Verliert die Politik diese Grenze aus dem Blick, wird aus Freiheit schnell Bequemlichkeit und Trittbrettfahrerei auf Kosten anderer. Schon Tocqueville hat die rhetorische Frage gestellt, ob die Vormundschaftsgewalt des Staates den Bürgern nicht völlig die Last zu denken und die Mühe zu leben abnehmen könnte. Gerechtigkeit in einem dem Freiheitsgedanken verpflichteten marktwirtschaftlich organisierten Gemeinwesen kann nur dann hergestellt werden, wenn zugleich das Gebot der Subsidiarität staatlicher Hilfe strikt beachtet wird. Dies zu erreichen ist in einem Land wie Deutschland, in dem keine dem angelsächsischen Denken entsprechende Skepsis gegenüber dem Staat existiert, schwer. Es hat den Anschein, dass selbst Belastungen mittlerer Einkommen mit Steuern und Abgaben von über 50 Prozent relativ wenige Proteste hervorrufen, wenn sie mit mehr sozialer Sicherheit begründet werden. Umfragen legen regelmäßig die Vermutung nahe, dass die Bürger ein Stück Freiheit durchaus für ein wenig mehr soziale Gerechtigkeit opfern würden. Das mag daran liegen, dass die Verheißungen, die mit dem Begriff der sozialen Gerechtigkeit verbunden sind, oftmals die problematischen Konsequenzen überstrahlen, die ein Ausbau des Verteilungsstaates nach sich zieht.

Diese Konsequenzen lauten: Steuer- und Abgabenerhöhung, mehr Bürokratie und eine höhere Staatsverschuldung, die dann Kindern und Enkeln eine möglicherweise später nicht mehr tragbare Last auferlegt. Werden die Bürger mit diesen Folgen konfrontiert, werden sie schon nachdenklich. Was man konstatieren kann ist, eine in Deutschland weit verbreitete und relativ fest verankerte Erwartung der Bürger an Staat und Politik, für eine gesunde Balance zwischen Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit zu sorgen. Diese Erwartung speist sich vor allem aus einer schneller und unübersichtlicher werdenden Welt. Der gelähmte britische Physiker Stephen Hawking hat in seinem lesenswerten Buch *Eine kurze Geschichte der Zeit* die Zeit als zunehmende Komplexität definiert. Und wenn wir in unser eigenes Leben hineinschauen, dann können wir feststellen: Da ist etwas dran.

Die Erwartung, dass der Staat ja eine Balance herstellt zwischen Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit, speist sich also aus der unübersichtlicher werdenden Welt. In dem Maße, in dem die Menschen infolge der Globalisierung das Gefühl der Unsicherheit mit Blick auf ihre eigene persönliche Zukunft haben, steigt der Wunsch des Menschen in elementaren sozialen

Fragen abgesichert zu sein. Staat und Politik sind daher gut beraten, den an sie gerichteten Erwartungen in verantwortungsvoller Weise Rechnung zu tragen. Nur so kann es gelingen, das notwendige Vertrauen der Bürger in die Handlungs- und Gestaltungsfähigkeit des Staates und die Funktionsfähigkeit der Sozialen Marktwirtschaft zu sichern. Und nur so kann es gelingen, die Resonanzfähigkeit eines gefährlichen Sozialpopulismus in Grenzen zu halten, der das Heil in der Staatswirtschaft, in Regulierung und in überbordender Staatsverschuldung sucht. Soziale Marktwirtschaft ist ja nach der Lehre ihrer Väter nicht Marktwirtschaft plus Sozialpolitik, Soziale Marktwirtschaft wird auch nicht sozialer, je mehr umverteilt wird – vielmehr erfüllt die Marktwirtschaft, jedenfalls nach der Lehre der Sozialen Marktwirtschaft mit ihrem wettbewerblichen Ordnungsrahmen selbst eine soziale Funktion. Sie ist gerecht im Sinne von Leistungsgerechtigkeit. Und weil Erwirtschaften vor Verteilen kommt, kommt Leistungsgerechtigkeit vor der sozialen Gerechtigkeit, weil die Leistungsgerechtigkeit die Basis für die soziale Gerechtigkeit ist – die Basis für den Auftrag des Grundgesetzes, die Würde des Menschen auch in materieller Hinsicht zu schützen.

Auslöser der jüngsten Gerechtigkeitsfrage an die Soziale Marktwirtschaft ist die Finanzkrise. Alle Märkte, auch die Finanzmärkte, funktionieren nur, wenn der Rahmen richtig gesetzt ist. Es geht nicht allein um die Akteure auf dem Markt, sie handeln immer wieder funktional im Rahmen ihrer Möglichkeiten. Es geht in erster Linie um die Regeln für den Markt. Diese Regeln waren unzureichend. Das hat dazu geführt, dass exzessives Gewinnstreben sich Bahn brechen und die Funktionsfähigkeit der Märkte schwer gefährden konnte. Gestatten Sie mir an dieser Stelle einen kurzen Exkurs zum Thema Gewinnstreben.

Aufgrund der maßlosen Auswüchse auf den Kapitalmärkten wird das Prinzip des Gewinnstrebens generell in Frage gestellt. Es ist sowieso eine deutsche Besonderheit, dass das Streben nach Gewinn irgendwie verdächtig ist. Dabei hat schon Martin Luther in seiner wirtschaftsethischen Schrift *Von Kaufhandel und Wucher* die soziale Natur des Gewinnstrebens nachgewiesen. Sein Schustergleichnis wurde später ohne Zitat von Adam Smith in seine Lehre übernommen: Luther: „Wenn ich zum Schuster gehe, will er gutes Geld und ich gute Sohlen, und das ist gut.“ – Der Wunsch des Menschen nach Gewinn stellt die Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen sicher, eine Verteufelung des Gewinnstrebens führt auf direktem Wege in den Abgrund einer Güter- und Dienstleistungs-

knappheit. Es kommt darauf an, den Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft weltweit in höherem Maße Geltung zu verschaffen. Es gilt, die richtigen Regeln zu setzen, denn nur so können die Märkte funktionieren. Dies ist die originäre Aufgabe des Staates. Wenn es darum geht, Gefährdungen des Gemeinwohls abzuwenden, trägt der Staat die letzte Verantwortung. Dieser Verantwortung kommt die Bundesregierung nach – national und auch im internationalen Kontext. Gemeinsam mit unseren Partnern in Europa und der Welt werden wir für mehr Transparenz auf den Finanzmärkten sorgen und sicherstellen, dass Risiken künftig in ausreichendem Maße abgesichert werden. Ich bin überzeugt, dass Europa mit dem kommenden amerikanischen Präsidenten Barack Obama einen politischen Partner bei der Entwicklung solcher internationaler Finanzregeln bekommt. Ich setze auch darauf, dass mit Obama die Doha-Welt-handelsrunde wieder in Gang kommt und erfolgreich abgeschlossen werden kann. Und auch bei der großen Schicksalsfrage der Menschheit, dem Klimaschutz, hoffe ich, dass Europa und Amerika an einem Strang ziehen. Jedenfalls wird Bundeskanzlerin Angela Merkel alles daran setzen, um die transatlantische Partnerschaft weiter zu stärken und auch unsere Wirtschaftsbeziehungen durch den Abbau der nichttarifären Handelshemmnisse weiter zu vertiefen.

Wie ist nun die aktuelle Wirtschaftslage und welche Instrumente werden im Rahmen der sozialen Marktwirtschaft genutzt, um die wirtschaftlichen Verhältnisse zu verbessern oder zu stabilisieren? Es geht jetzt darum, ein Überspringen der Finanzmarktkrise auf die reale Wirtschaft zu verhindern und dem beginnenden Abschwung entgegen zu wirken. Nach Einschätzung der Bundesregierung wie der Europäischen Kommission wird die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland im Jahr 2009 stark von einer Abkühlung der Weltwirtschaft beeinflusst. Wir müssen mit einem Rückgang des Wachstums rechnen und werden bei einem Wachstum knapp über Null ankommen. Jetzt kommt es darauf an, mit gezieltem Mitteleinsatz einen möglichst großen Wachstumsimpuls zu geben. Mit dieser Zielsetzung hat die Bundesregierung heute ein Maßnahmenpaket beschlossen, um das Wachstum zu stärken und die Beschäftigung in Deutschland zu sichern. Wir wollen die Verbesserung der Kreditversorgung des Mittelstandes, wir wollen Anreize für Investitionen, und wir wollen, dass sich die positive Entwicklung am Arbeitsmarkt auch in Zeiten konjunktureller Abkühlung weiter positiv fortsetzt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Herr Professor Vogel war so freundlich darauf hinzuweisen, dass ich im Rahmen der Bundesregierung auch der Koordinator für die Luft- und die Raumfahrt bin. Deswegen möchte ich hier in Frankfurt auch ein klares Wort zum Thema Flughafen sagen.

Eine moderne Volkswirtschaft ist auf eine erstklassige Luftverkehrs-anbindung angewiesen. Der Flughafen Frankfurt ist der größte und wichtigste Flughafen in Deutschland, er ist für den Wirtschaftsstandort Deutschland von allerhöchster Bedeutung. Ich halte den Ausbau des Frankfurter Flughafens für die wirtschaftliche Entwicklung in Hessen und in Deutschland für zwingend!

Über Hessen hing in den letzten Wochen das Damoklesschwert einer Regierungsbildung, bei der aggressive Gegner der Sozialen Marktwirtschaft Macht über Hessen bekommen hätten. Vier Abgeordnete haben in einer persönlichen Gewissensentscheidung Nein gesagt zu einer Machtbeteiligung dieser radikalen Kräfte. Diese Abgeordneten stehen unter großem Druck. Ich meine, wir sollten sie hier in Frankfurt ausdrücklich in Schutz nehmen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, unsere Soziale Marktwirtschaft lebt von Vorbildern, und Sie, sehr geehrter Herr Wichtel, sind ein solches Vorbild, deswegen hat die Jury Ihnen den Preis zuerkannt. Die Gründe dafür wird Karl-Josef Laumann gleich benennen. Mit Ihrem persönlichen Einsatz in der Arbeitnehmermitbestimmung haben Sie dazu beigetragen, dass die Fraport AG ein vorbildlich geführtes Unternehmen ist – zum Wohl der Arbeitnehmer und zum Wohl der gesamten Region. Sie haben vorgelebt, was auch für die Politik gilt: Vertrauen gewinnt man mit Vertrauen stiftenden Taten!

Sehr geehrter Herr Professor Vogel, ich möchte an dieser Stelle hier in der Paulskirche in Frankfurt auch der Konrad-Adenauer-Stiftung und Ihnen persönlich für die exzellente Grundsatzarbeit danken, die die Stiftung in und für Deutschland leistet. Dadurch wird das politische Erbe von Konrad Adenauer und Ludwig Erhard klug gemehrt. Die Konrad-Adenauer-Stiftung ist ein wesentlicher Ort des politischen Diskurses, verankert im christlichen Verständnis von Menschen und Wissen um die

Erfahrungen der deutschen Geschichte. Die soziale Marktwirtschaft braucht kluge Anwälte. Die Konrad-Adenauer-Stiftung ist ein kluger Anwalt dieser menschenfreundlichen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung.

LAUDATIO AUF PETER WICHTEL

Karl-Josef Laumann

Die Paulskirche hat als Ort der ersten deutschen Nationalversammlung vielleicht schon bedeutendere Stunden erlebt als diese Preisverleihung, aber dass hier zum ersten Mal ein Arbeitnehmervertreter diesen Preis erhält, das ist aus meiner Sicht schon etwas Besonderes. Denn natürlich freue ich mich als Bundesvorsitzender der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft über die Ehrung von Peter Wichtel, eines bodenständigen und engagierten Betriebsrats aus unseren Reihen. Die Stiftung würdigt natürlich in erster Linie die Person und ihre Leistung. Diese Preisverleihung zeigt aber auch, dass die Vertretung von Arbeitnehmerinteressen und die Mitbestimmung in den Betrieben wichtig und für unsere Wirtschaftsordnung sinnvoll sind.

Die Entscheidung für Peter Wichtel ist ein Bekenntnis dazu, dass die Vertretung der Interessen der Beschäftigten in der Sozialen Marktwirtschaft ihren Platz hat und haben muss.

Meine Damen und Herren, man muss sagen, dass die Ehrung eines Arbeitnehmervertreters mit dem „Preis Soziale Marktwirtschaft“ überfällig war. Ich drehe das aber um: Ich finde, die Ehrung passt in die Zeit, denn sie bringt uns dazu, wieder über unsere Wirtschaftsordnung nachzudenken. Und das ist dringend notwendig, denn wahr ist, dass die Soziale Marktwirtschaft – nicht nur wegen der Finanz-

krise – mit schwerem Geschütz attackiert wird. Da gibt es diejenigen, die einen weitgehend freien Markt ohne soziale Korrektur und Regeln wollen. Und da gibt es diejenigen, die einen allmächtigen und alles regelnden Staat wollen. Die Soziale Marktwirtschaft ist die Wirtschaftsordnung, die wirtschaftlichen Erfolg und die Wahrung der sozialen Bedürfnisse der Menschen verbindet. Ihr haben wir es maßgeblich zu verdanken, dass wir in sozialem Frieden und Wohlstand leben können, und deswegen meine ich, es lohnt sich, sie gegen ihre Gegner von rechts und links zu verteidigen. Wer sie verteidigen will, der muss sich auf seine Stärken besinnen und zu diesen Stärken gehört die Mitbestimmung – Mitbestimmung braucht selbstbewusste Betriebsräte. Und einen solchen ehren wir heute.

Die Entscheidung der Jury der Konrad-Adenauer-Stiftung für Peter Wichtel ist richtig und gut. Eigentlich wollte ich sagen, die Entscheidung ist nicht vom Himmel gefallen – aber einem Preisträger, der auf einem Flughafen arbeitet, sollte man das, glaube ich, nicht sagen.

Fragt man seine Kollegen im Unternehmen, so hört man immer wieder: Peter Wichtel ist ein ausgleichender und vermittelnder Charakter, er versteht es, Menschen zusammen zu bringen und zu überzeugen. Für den Vorsitzenden eines Betriebsrates sind das wichtige Eigenschaften. Denn es ist sicherlich nicht einfach, im Betriebsrat – auch dort gibt es ja ganz verschiedene Gruppen – Ausgleich zu organisieren, um dann mit einer Stimme und mit klarem Auftrag gegenüber dem Management aufzutreten. Genau das, so höre ich von allen Seiten, gelingt Peter Wichtel.

Ich möchte Ihnen vier Punkte nennen, die die Arbeit von Peter Wichtel ausmachen: Seit 1971 arbeitet er im Personalbereich der Fraport-Muttergesellschaft, die den Frankfurter Flughafen betreibt, seit 1975 ist er im Betriebsrat und seit 2002 Vorsitzender. Ziel seiner Arbeit war und ist es, den Beschäftigten ein gutes Arbeiten zu ermöglichen. Er weiß, die Arbeit auf einem großen Flughafen verlangt von den Beschäftigten viel. Der Flugbetrieb braucht Flexibilität bei Bussen, bei der Sicherheitskontrolle, in der Gastronomie. Für die Beschäftigten geht es um Dienstpläne, um die Frage, wie sich Arbeit und Familie miteinander in Einklang bringen lassen. Peter Wichtel, selbst verheiratet, Vater und Großvater, war das immer wichtig.

Flexibilität ist für die Beschäftigten zwangsläufig mit Belastungen wie zum Beispiel Wechselschichten verbunden. Wo Zumutungen für den Betrieb notwendig sind, da vertritt Peter Wichtel dies auch gegenüber Betriebsrat und Belegschaft. Denn Mitbestimmung heißt für ihn eben auch: Mitverantwortung. Mitverantwortung für das Unternehmen. Natürlich hat der Vorsitzende des Betriebsrates zunächst die Interessen der Beschäftigten im Blick, aber Zufriedenheit unter den Mitarbeitern hat ihrer Arbeitsleistung und damit auch dem Betrieb noch nie geschadet. Im Gegenteil: Mitbestimmung führt zu mehr Motivation, und mehr Motivation zu mehr Leistung, und Leistung muss auch entsprechend bezahlt werden.

Ich finde es vorbildlich, dass Peter Wichtel sich als Vorkämpfer vehement für das Modell einer Mitarbeiterbeteiligung bei Fraport eingesetzt hat. Es ist richtig, Arbeitnehmer am Erfolg ihres Unternehmens zu beteiligen. Und genau das geschieht bei der Fraport AG, wo eine Betriebsvereinbarung vor allem dank Peter Wichtels zustande gekommen ist. Außerdem thematisiert er offensiv die Gefahr von Dumpinglöhnen angesichts der drohenden schrankenlosen Marktöffnung bei den Bodenverkehrsdiensten und im Sicherheitsbereich. Wenn Haustarife durch Billigkonkurrenz gefährdet werden, dann scheut dieser sonst so ruhige und zurückhaltende Mann sich auch nicht, gegenüber der Politik Klartext zu reden – und das finde ich richtig so.

Er wirkt als Mitglied im Aufsichtsrat der Fraport AG mit 12.000 Mitarbeitern in der Muttergesellschaft und insgesamt 23.000 Beschäftigten im Gesamtkonzern. Vehement und auf allen Ebenen setzt er sich für den geplanten Ausbau des Frankfurter Flughafens ein. Sein Argument: Es geht um eine strukturpolitische Entscheidung mit weitreichenden Folgen, gerade auch für die Beschäftigten. Ihm geht es um die Zukunftsfähigkeit des Flughafens, um zehntausende von Arbeitsplätzen und um die Chance einer positiven wirtschaftlichen Entwicklung dieser Region. Er liegt mit seiner Einschätzung offenbar richtig. Denn die Frage nach dem Ausbau des Flughafens hat wohl nicht umsonst einen erheblichen Einfluss auf gewisse segensreiche politische Entwicklungen der vergangenen Tage hier in Hessen gehabt – man könnte sagen: Ein Geschenk passend zur Preisverleihung.

Peter Wichtel hat Rückhalt in der Belegschaft und, wie ich höre, auch im Management. Er ist ein Betriebsrat, der weiß, was er will und was gut für

das Unternehmen und die Beschäftigten ist. Und das alles passt nicht zu dem oft von den Medien und leider auch manchmal von Unternehmern gemalten Bild von Betriebsräten. Betriebsräte sind weder Bremser noch Blockierer, und sie sind keine Meckerer oder Miesmacher; sie sind die Brücke zwischen Belegschaft, Unternehmensleitung und genau das verdient Anerkennung, und ich finde, auch Anerkennung in unserer Partei. Seit langem engagiert er sich politisch auf kommunaler Ebene, wirkt er als Stadtverordnetenvorsteher und auf Landesebene ist er seit siebzehn Jahren stellvertretender Landesvorsitzender der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft hier in Hessen. Er ist ein Beispiel dafür, dass die CDU eine politische Heimat für engagierte Gewerkschafter ist, denn die CDU achtet und fördert die Rolle der Gewerkschaften in der Sozialen Marktwirtschaft. Und wir sind auch gut beraten, dieses zu tun, denn ein Viertel der Mitglieder des DGB wählt im Schnitt bei Bundestagswahlen mit der Zweitstimme die CDU. Und weit über vierzig Prozent der Arbeitnehmerhaushalte in diesem Land haben ihre politische Heimat bei der Christlich-Demokratischen Union, und deswegen können wir auch keine bessere FDP werden.

In Nordrhein-Westfalen sagen wir in unserer CDU ganz klar, dass wir möchten, dass sich Arbeitnehmer, die sich bei der CDU wohlfühlen, auch in den Gewerkschaften engagieren und in die Gewerkschaften eintreten. Vielleicht sind das neue Töne in meiner Partei – der Geist von Leipzig verflüchtigt sich mehr und mehr. Die CDU war und ist nur deshalb eine Volkspartei, weil sie Arbeitnehmerkompetenz hat. Wirtschaftspolitische Kompetenz ist nicht nur unternehmerische Kompetenz, sondern auch arbeitnehmerische Kompetenz. Und die hat die CDA (Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft) und das liegt an engagierten Kollegen wie Peter Wichtel. Für die Christliche Soziale ist die Paulskirche ein besonderer Ort. Hier hat der westfälische Bauernpastor Wilhelm Emmanuel von Ketteler 1848 als Abgeordneter der deutschen Nationalversammlung gesprochen, im Übrigen war er der erste frei gewählte Abgeordnete des Wahlkreises, aus dem ich komme. Kurz darauf wurde er Bischof von Mainz und ein Begründer und Verfechter der katholischen Soziallehre, die bis heute die CDA prägt. Er hat sich als Arbeiterbischof der Arbeiterfrage aus christlicher Sicht gestellt, er forderte einen gerechten auskömmlichen Lohn und Ruhetage für den Arbeiter. Ich bin der Meinung, seine Frage nach sozialer Gerechtigkeit beantwortet bis heute die Soziale Marktwirtschaft am besten. Wir haben allen Grund, dankbar dafür zu sein, dass sowohl die Arbeiterfrage als auch die Kapitalfrage in unserem

Land ohne Gewalt und in einer sozialen Partnerschaft beantwortet werden. Tarifautonomie, Mitbestimmung in den Betrieben und freie Gewerkschaften tragen ihren Teil dazu bei.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung erinnert mit der heutigen Preisverleihung daran, dass die Soziale Marktwirtschaft Balance braucht. Eine Balance aus Unternehmergeist und Arbeitnehmergeist. Eine Balance aus unternehmerischer Verantwortung und Verantwortung durch Mitbestimmung. Wer die Balance verliert, der fällt auf die Nase, und wer die Balance verliert, der kippt um nach rechts oder links. Wir wollen, dass die Balance der Sozialen Marktwirtschaft erhalten bleibt. Dafür sorgen Menschen wie Peter Wichtel, und deshalb freue ich mich, dass wir ihn nun hier ehren werden. Ich bedanke mich ganz herzlich für Ihr Zuhören, und, lieber Herr Professor Vogel, ich möchte auch sagen, dass ich mich als Vorsitzender der CDA über diese Preisverleihung richtig freue. Und ich finde, das möchte ich dazu sagen, es hilft auch meiner Organisation.

WORTE DES PREISTRÄGERS

Peter Wichtel

Meine Damen, meine Herren,

als mich Herr Dr. Borchard von der Konrad-Adenauer-Stiftung vor einigen Wochen anrief, um einen Termin mit mir zu bereden und den 5. November erwähnte, konnte ich mir nicht vorstellen, was er und die Konrad-Adenauer-Stiftung überhaupt von mir wollen.

Selbst sein Hinweis auf den „Preis Soziale Marktwirtschaft der Konrad-Adenauer-Stiftung“ nutzte mir zunächst wenig. Ich hatte zwar davon gehört, aber als Preisträger regelmäßig Unternehmer in Erinnerung. Sein nächstes Stichwort hieß: Herr Dr. Jens Odewald, der Vorsitzende der Jury „Preis Soziale Marktwirtschaft der Konrad-Adenauer-Stiftung“. Dieses Stichwort war mir dann schon geläufiger, denn mit Herrn Dr. Odewald hatte ich zum Thema „Arbeitnehmerbeteiligung und Mitbestimmung“ ein – aus meiner Sicht – sehr nettes Frühstück am Frankfurter Flughafen. Dieser Termin war auf eindringliche Bitte meines Freundes Gerald Weiß, dem langjährigen Kollegen aus der CDA und Bundestagsabgeordneten, zustande gekommen, der mich gebeten hatte, trotz einer Kniespiegelung, der ich mich unterzogen hatte, möglichst schnell den Termin zu machen.

Ich hatte alle Zeit der Welt – bis zu diesem Anruf.

Nach diesem Vorgespräch war mir allerdings schon bewusster, dass der „Preis Soziale Marktwirtschaft“ in diesem Jahr nicht an einen Unternehmer, sondern an einen Arbeitnehmervertreter gehen sollte. Meine Damen und Herren, eine hohe und ehrenvolle Auszeichnung, über deren Stellenwert ich mir persönlich sehr bewusst bin und über die ich mich sehr freue.

An dieser Stelle möchte ich mich recht herzlich bei der Konrad-Adenauer-Stiftung, vertreten durch den Vorsitzenden, Herrn Professor Dr. Bernhard Vogel, sowie Herrn Dr. Jens Odewald, den Jury-Vorsitzenden, und seinen Jury-Kollegen für diese hohe Auszeichnung bedanken. Ganz besonders möchte ich mich bei Frau Oberbürgermeisterin Roth, Herrn Parlamentarischen Staatssekretär Peter Hintze, und Herrn Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales in Nordrhein-Westfalen, Karl-Josef Laumann, für die überaus freundlichen Ansprachen bedanken.

Als ich so richtig begriffen hatte, dass ich als erster Arbeitnehmervertreter diese hohe Auszeichnung, den „Preis Soziale Marktwirtschaft“, erhalten sollte, fragte ich mich: Was in deiner Biographie führt dich zu dieser Ehre?

Lassen Sie mich gemeinsam mit Ihnen einen kurzen Rückblick auf meinen Lebensweg werfen.

Mein Berufsleben begann sehr früh. Mit vierzehn Jahren begann ich die kaufmännische Lehre, arbeitete anschließend als Einzelhandelskaufmann im Einzel- und im Großhandel. Im Jahr 1970 stand dann die Berufsentcheidung an, sollte ich aus dem Einzelhandel wechseln oder nicht? Seinerzeit machten mich Bekannte auf den Frankfurter Flughafen aufmerksam. Im Januar 1971 betrat ich bei der damaligen FAG, der heutigen Fraport AG, komplettes Neuland. Ein Mitarbeiter der Personalabteilung, Herr Josef Heck, den einige von meinen Freunden noch sehr gut kennen, hatte meinen Einstellungswunsch, als Einkäufer arbeiten zu können, in einem längeren Gespräch umgedreht und mich für das neue junge Team der Personalabteilung eingestellt. Da für mich die Zeit sehr spannend wurde, ich viele neue Sachgebiete kennen lernen konnte, war das natürlich mit einem erheblichen Zeiteinsatz verbunden. Mit der Unterstützung meiner Frau Christa, mit der ich seit 1970 verheiratet bin, und unserer Tochter Eva-Maria, die im Februar 1971 unsere Familie komplettierte, war es für mich sehr leicht, die nötige Einsatzbereitschaft

aufzubringen. Natürlich trug aber auch das gute Betriebsklima in der Personalabteilung einen sehr großen Teil dazu bei.

Nach fünf Jahren Personalbetreuung hatte ich dann die Gelegenheit, ein weiteres Gebiet völlig neu kennen zu lernen: das Sachgebiet Arbeits- und Tarifrecht. Parallel dazu begann ein Engagement, für das ich heute hier an dieser Stelle geehrt werde, nämlich die Betriebsratsarbeit. 1975 habe ich das erste Mal für den Betriebsrat kandidiert, die Kolleginnen und Kollegen, die gemeinsam mit mir angetreten sind, haben seitdem immer wieder dafür gesorgt, dass wir zu jeder Wahl neu angetreten sind. Ich bin seit 1975 gerne Betriebsratsmitglied und seit 2002 Betriebsratsvorsitzender. Zum Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat wurde ich das erste Mal 1994 gewählt. In meiner Funktion als Betriebsratsvorsitzender wurde ich im Aufsichtsrat zum Vorsitzenden des Personalausschusses gewählt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, dass der Betriebsratsvorsitzende der Fraport AG Personalausschussvorsitzender wird, ist keine Selbstverständlichkeit, sondern das ist die paritätische Mitbestimmung, wie sie bei uns im Hause seit 1976 gelebt wird und wie die Mitbestimmung gestaltet wird. Selbstverständlich hat Politik in meinem Leben einen besonderen Stellenwert. Meine politische Heimat ist die Christlich Demokratische Union, meine Affinität zur CDU liegt vielleicht auch darin begründet, dass ich am selben Tag wie Konrad Adenauer, am 5. Januar, Geburtstag habe.

Natürlich sind es zunächst die Grundsätze und die Programmatik der CDU, die mich in der Partei halten und halten werden.

Aktiv war und bin ich aber insbesondere Arbeitnehmervertreter und bin in der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft beheimatet. In der Kommunalpolitik in meiner Heimatstadt Obertshausen arbeite ich seit 1981 aktiv mit und auch im hessischen Landesvorstand der CDU darf ich mitwirken. Soviel zu meinem politischen und beruflichen Werdegang!

Sehr geehrte Damen und Herren, in einem mitbestimmten Unternehmen wie der Fraport AG war und ist es selbstverständlich, dass man Gewerkschaftsmitglied wird, wenn man etwas bewirken will. Und mit dem nötigen Rückhalt für die Tätigkeit als Arbeitnehmervertreter einzutreten, das war und ist für mich und meine ÖTV-Kollegen, heute ver.di-Kollegen, selbstverständlich.

In der Wachstumsbranche Luftverkehr war und ist das Streiten um den gerechten Anteil der Arbeitnehmer nicht einfach. Wie in jeder Branche, so auch in dieser, soll immer viel investiert werden, und die Anteilseigner der Fraport AG, das Land Hessen, die Stadt Frankfurt, früher der Bund, heute die freien Aktionäre, wollten natürlich immer ihre Dividende sehen. All das macht die Spielräume zum Verteilen für die Arbeitnehmer kleiner. So war es selbstverständlich, dass es zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite stets im Verteilungsstreit um die Frage von Effizienzsteigerung und Produktivität ging – und das Ringen darum findet bis heute statt. Zunächst mit weniger Beschäftigten, verbesserten Arbeitsabläufen und besseren technischen Hilfsmitteln, dann mit billigerem Personal in eigenen Tochtergesellschaften, mit Leiharbeitnehmern und auch durch die komplette Fremdvergabe von Leistungen. All dies flankiert mit betrieblichen Vereinbarungen, Betriebsvereinbarungen, Regelungsabreden, die wir als Betriebsräte für die Belegschaft verhandelt und teilweise erstritten haben.

Lassen Sie mich an dieser Stelle daher etwas näher unsere Mitbestimmungskultur – einen wichtigen Pfeiler der Sozialen Marktwirtschaft – beleuchten. In der Fraport AG ist es selbstverständlich, dass der Arbeitsdirektor regelmäßig mit dem Betriebsrat die aktuell anstehenden Themen diskutiert und berät und Entscheidungen des Vorstands übermittelt. Auch unser jeweiliger Vorstandsvorsitzender ist mindestens viermal im Jahr im Betriebsrat, um die Unternehmenspolitik zu erläutern, über wirtschaftliche Entwicklungen, die das Unternehmen beeinflussen, zu berichten, aber auch um für Maßnahmen zu werben, die die Belegschaft und die Arbeitnehmervertreter ablehnen oder ablehnen wollen. Er diskutiert dann sehr nachhaltig mit uns über den Weg, den wir gehen wollen. Themen wie Liberalisierung und Marktöffnung, Preiskampf im Wettbewerb, Auswirkungen von EU-Richtlinien bzw. nationalen Gesetzen stehen seit vielen Jahren regelmäßig auf der Tagesordnung von Betriebsrat, Aufsichtsrat und Unternehmensleitung. Der ständige Preisverfall im Luftverkehr und die Auswirkungen auf die Arbeitnehmer und das Unternehmen führten in den vergangenen Jahren zu mehreren Sparprogrammen. Irak-Krieg und Golf-Krieg waren ebenfalls Themen, die immer wieder neue Vereinbarungen erforderten und gemeinsam von Arbeitgebern und Arbeitnehmern im Interesse der Belegschaft mit Betriebsvereinbarungen geregelt wurden.

Als Resümee möchte ich feststellen, dass Arbeitnehmervertreter sowohl im Aufsichtsrat wie auch im Betriebsrat stets das Wohl der Belegschaft

wie auch die Zukunftsfähigkeit des Unternehmens im Fokus hatten. Und dabei, ich glaube, das darf ich sagen, sehr erfolgreich gehandelt haben. Der Erfolg lässt sich insbesondere auf unsere Grundhaltung zurückführen, niemals den Dialog abbrechen zu lassen – nicht mit den Beschäftigten und schon gar nicht mit den Vorständen. Mitgestalten statt verweigern – das war unser Erfolgsrezept. Es gab bisher keine betriebsbedingten Kündigungen, die Sozialleistungen können sich noch sehen lassen, wenn sie auch zeitgemäß umgebaut wurden, einige Sozialleistungen fielen auch dem Rotstift zum Opfer – dafür gab es allerdings auch im Ausgleich beispielsweise eine Arbeitsplatzgarantie, die im Zukunftsvertrag 2010 festgeschrieben wurde.

Weitere Errungenschaft für die Belegschaft sind die Mitarbeiteraktien, die zum Börsengang der Fraport AG im Jahr 2001 erstmalig erworben werden konnten.

Für das Klima in der Fraport AG sprechen eigentlich die Mitarbeiterfeste, die regelmäßig stattfinden, von tausenden Kolleginnen und Kollegen mit Familie besucht werden und für das gute Klima und für die Verbundenheit mit dem Unternehmen sorgen. Ich bin überzeugt davon, dass wir ohne betriebliche Mitbestimmung nicht erreicht hätten, was wir erreicht haben. Ich bin auch überzeugt davon, dass die Mitbestimmung eine funktionsfähige Soziale Marktwirtschaft unterstützt. Sie darf daher nicht am Werkort haltmachen, denn die Zukunftsfragen unserer Gesellschaft können nur mit den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und nicht gegen sie gelöst werden.

Wer Eigenverantwortung und Verantwortung für den wirtschaftlichen Erfolg fordert, muss den Menschen dafür einen Rahmen geben. Die Mitbestimmung in der Sozialen Marktwirtschaft ist ein solcher Rahmen. Unternehmen sind nicht nur private Angelegenheiten der Eigentümer, sondern als soziale Organisationen Teil der zivilen Gesellschaft. Die gleichgewichtige Beteiligung der Arbeitnehmer an der Unternehmensführung, von deren Entscheidungen sie maßgeblich abhängen, ist daher ein notwendiger Teil des sozialen Rechtsstaats.

Gewerkschaftsvertreterinnen und -vertreter im Aufsichtsrat und Betriebsrat eines Unternehmens verfügen dabei über eine besondere Breite demokratischer Legitimation. Sie werden von der Belegschaft direkt gewählt und repräsentieren zugleich die betrieblichen Gewerkschaften und

ihre Ziele. Außerdem tragen sie zu einer nachhaltigen Unternehmensführung bei, indem sie übergreifende Interessen vertreten, Betriebsegoismen vorbeugen und wertvolle Branchenkenntnisse einbringen. Den Fokus auf die Arbeitnehmer, ihre Talente und ihre Mitverantwortung zu richten, ist der Kern einer mitbestimmten Unternehmensführung. Studien kommen übrigens zu dem Ergebnis, dass die Unternehmensmitbestimmung die Produktivität und die Innovativität der Unternehmen steigert. Dies entspricht auch meiner Erfahrung und Wahrnehmung.

An dieser Stelle einige prominente Stimmen zur Mitbestimmung als Teil der Sozialen Marktwirtschaft, mit denen ich das Ende meiner Dankesrede einleiten möchte: so sagt unsere Bundeskanzlerin, Dr. Angela Merkel: „Die Mitbestimmung ist ein nicht weg zu denkender Teil unserer Sozialen Marktwirtschaft“ oder Bischof Dr. Wolfgang Huber, der Ratsvorsitzender der Evangelischen Kirche in Deutschland und Karl Kardinal Lehmann, der ehemaligen Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz führen gemeinsam aus: „Arbeit hat Rechte. Arbeit hat Würde. Darum gehört das auch zu den sozialetischen Grundsätzen beider Kirchen, dass der arbeitende Mensch das Recht haben soll, über die Ausgestaltung seiner Arbeit und deren Bedingungen mitbestimmen zu können.“ Auch Ludwig Erhard stellte fest: „Man soll maßvoll mit den Grundlagen der Wirtschaft, den Ressourcen, umgehen, denn nur so bleibt genug für die nachfolgenden Generationen über. Das ist das Prinzip des Maßhaltens als Teil der Eigenverantwortung.“

Und, meine Damen und Herren, es ist bereits angeklungen: Wenn wir Lehren aus der Finanzmarktkrise ziehen wollen, dann können wir uns auch an den Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft orientieren.

Dazu passt aus meiner Sicht sehr gut ein Lied, das 1843 von Carl Loewe komponiert und Friedrich Rückert getextet wurde. Das Lied „Das war das Kloster Grabow“ (Text ab Seite 42) spiegelt die aktuelle Debatte um mangelndes und falsches Verständnis rund um unsere Gesellschaftsordnung zur Sozialen Marktwirtschaft wider: Der Tenor des Stücks, „sie hätten sich sollen begnügen“ gibt uns mit auf den Weg, wie wir die neue Finanzordnung gestalten sollen.

Ludwig Erhard hat immer wieder gesagt, dass Wirtschaft nicht zum Selbstzweck werden darf, sondern den Menschen zu dienen hat. Und deshalb wollte er diese Wirtschaft so geordnet in die Gesellschaft einge-

fügt sehen, dass Freiheit und Selbstverantwortung und Solidarität mit dem Nächsten in Übereinstimmung mit dem Gemeinwohl gelebt werden können. In Anbetracht der von ihm erlebten bitteren Erfahrungen aus der Krise der Jahre ab 1929 formulierte er den Gedanken, dass bestimmte Fehlentwicklungen des Kapitalismus korrigiert werden müssten, um wieder den Menschen in den Mittelpunkt zu stellen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir wissen auch, dass im Rahmen der Sozialen Marktwirtschaft die besten Wege für die Zukunft sind und ich denke, wenn wir alle daran arbeiten, werden wir auch weiterkommen.

Ich möchte mich zum Abschluss vor allem bei meinen Kolleginnen und Kollegen im Betriebsrat wie auch im Aufsichtsrat besonders herzlich für ihren stetigen Einsatz bedanken, den wir gemeinsam im Interesse der Belegschaft und für die Zukunftsfähigkeit unseres Unternehmens zeigen. Unsere Ziele waren immer gleich. Die Vorstellungen über die Wegführung waren manchmal unterschiedlich, entscheidend ist und bleibt: Wir konnten uns immer auf einen gemeinsamen Weg einigen. Unser gemeinsamer Erfolg von Betriebsrat, Aufsichtsrat und Vorstand für das Unternehmen führt zu der heutigen Verleihung des „Preises Soziale Marktwirtschaft der Konrad-Adenauer-Stiftung“.

Dafür danke ich Ihnen, dafür danke ich Euch – dieser Preis war durch unser gemeinsames Wirken möglich und daher gehört er uns allen.

„DAS WAR DAS KLOSTER GRABOW“

Das war das Kloster Grabow
im Lande Usedom
Das nährte Gott vor Zeiten
aus einer Gnaden Strom.
Es schwammen an der Küste
daß es die Nahrung sei
Den Mönchen in dem Kloster
all' Jahr' zwei Fisch' herbei.

*Sie hätten sich sollen begnügen, Sie hätten sich sollen begnügen,
Sie hätten sich sollen begnügen, Sie hätten sich sollen begnügen,
Sie hätten sich sollen begnügen, Sie hätten sich sollen begnügen!*

Zwei Störe, groß, gewaltig
dabei war das Gesetz
daß jährlich sie den einen
fingen davon im Netz.
Der and're schwamm von dannen
bis auf das and're Jahr
da bracht' er einen neuen
Gesellen mit sich dar.

*Sie hätten sich sollen begnügen, Sie hätten sich sollen begnügen,
Sie hätten sich sollen begnügen, Sie hätten sich sollen begnügen,
Sie hätten sich sollen begnügen, Sie hätten sich sollen begnügen!*

Da fingen wieder einen
sie sich für ihren Tisch
sie fingen regelmäßig
jahraus, jahrein den Fisch.
Einst kamen zwei so große
in einem Jahr herbei
schwer ward' die Wahl den Mönchen
nun, welcher zu fangen sei.

*Sie hätten sich sollen begnügen, Sie hätten sich sollen begnügen,
Sie hätten sich sollen begnügen, Sie hätten sich sollen begnügen,
Sie hätten sich sollen begnügen, Sie hätten sich sollen begnügen!*

Sie fingen alle beide
Den Lohn man da erwarb
daß sich das ganze Kloster
den Magen d'ran verdarb.
Der Schaden war der kleinste
der größte kam nachher
Es kam nun gar zum Kloster
kein Fisch geschwommen mehr.

*Sie hätten sich sollen begnügen, Sie hätten sich sollen begnügen,
Sie hätten sich sollen begnügen, Sie hätten sich sollen begnügen,
Sie hätten sich sollen begnügen, Sie hätten sich sollen begnügen!*

DIE AUTOREN

Peter Hintze MdB ist Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft und Technologie.

Karl-Josef Laumann MdL ist Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales in Nordrhein-Westfalen.

Petra Roth ist Oberbürgermeisterin der Stadt Frankfurt am Main.

Prof. Dr. Bernhard Vogel, Ministerpräsident a.D., ist Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Peter Wichtel ist Betriebsratsvorsitzender und Aufsichtsratsmitglied der Fraport AG.